



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beilungsregister.

Inhalt: Ein neuer Hilfsarbeitertarif. — Aussperrfieber! — Die Reichstagswahlen und die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen. — Korrespondenzen (Brieg, Dresden, Frankfurt a. M., Osnabrück). — Rundschau. — Adressenveränderungen. **Beilage:** Begleitheftungen der technischen Entwicklung. (III.) — Lebensmittelpreise in Deutschland und England. — Volkswirtschaft. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 24.—30. Dezember 1911 ist die Beitragsmarke in das mit 52 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Ein neuer Hilfsarbeitertarif!

Unter dem Vorsitz des Geheimrats Bügenstein haben sich gestern im Papierhaus zu Berlin auf Einladung des als Einigungsamt angerufenen Tarifamtes der deutschen Buchdrucker Prinzipals- und Hilfsarbeitervertreter der Städte Berlin, Straßburg, München, Stuttgart, Königsberg, Bremen, Halle, Mannheim-Ludwigshafen, Magdeburg, Nürnberg-Fürth versammelt, um über einen Hilfsarbeitertarif für die Buchdruckereibetriebe zu beraten. Nach mehr als zwölfstündiger Beratung gelang es, eine Einigung herbeizuführen, nach welcher der Hilfsarbeitertarif auf die Dauer von fünf Jahren für die genannten Städte abgeschlossen ist.

Diese offizielle Nachricht wurde am 19. Dezember durch die deutsche Presse verbreitet. Es ist also noch in letzter Stunde vor Ablauf des jetzt bestehenden Tarifverhältnisses für das Buchdrucker-Hilfspersonal gelungen, auch für die kommenden fünf Jahre eine tarifliche Vereinbarung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der ungelerten Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe mit der Prinzipalität herbeizuführen. Die Schwierigkeiten, die dem Tarifschluß nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Revision der „Allgemeinen Bestimmungen“ in Leipzig entgegenstanden, ließen einen Erfolg der erneuten Verhandlungen als äußerst schwierig erscheinen. Wenn sie trotzdem zu einem Ergebnis führten, dann kann dies in der Hauptsache den Bemühungen des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker, insbesondere aber dem Geschick des Verhandlungsleiters, Herrn Geheimrat Bügenstein, zugeschrieben werden. Es hat allerdings das weitestgehenden Entgegenkommens beider Parteien bedurft, um einen Ausgleich in den bestehenden Differenzpunkten herbeizuführen, aber es können die Vertreter der Prinzipale sowohl wie die der Hilfsarbeiterschaft mit ruhigem Gewissen ihre Haltung vor ihren Mandatgebern

verantworten und rechtfertigen. Sowohl auf der einen wie auf der andern Seite mußte auf eine Reihe von Forderungen, die von der Allgemeinheit der betreffenden Gruppe erhoben wurden, verzichtet werden und nur dadurch ist es möglich geworden, den im Interesse des gewerblichen Friedens notwendigen Abschluß perfekt werden zu lassen.

Genau ist es bedauerlich, daß von den 20 bisherigen Orten, in denen Hilfsarbeitertarife auf Grundlage der „Allgemeinen Bestimmungen“ bestanden, sich nur 10 Orte an den zentralen Verhandlungen beteiligten. Aber, wenn wir den Unterschied betrachten, der zwischen der früheren Tarifform und der nunmehr geschaffenen besteht, und wenn wir ferner die Beseitigung all der Schwierigkeiten ins Auge fassen, die bis jetzt einer weiteren Ausdehnung des Tarifverhältnisses im Wege standen, dann können wir mit Sicherheit erwarten, daß nicht allein in den weiteren 10 bisherigen Tariforten die Tarifeinführung möglich ist, sondern, daß auch in den übrigen Druckorten der zutage getretene Widerstand der betreffenden Prinzipalität leichter zu beseitigen sein wird. Es haben prinzipalsseitig folgende Orte es abgelehnt, sich an den Verhandlungen am 18. Dezember zu beteiligen: Breslau, Cassel, Darmstadt, Frankfurt a. M., Hamburg, Hanau a. M., Hannover, Karlsruhe, Leipzig und Regensburg. Wir wollen hier nicht untersuchen, worin die Gründe lagen, daß gerade die Prinzipale dieser Orte der Einladung des Tarifamtes nicht Rechnung getragen haben, aber das eine steht fest, daß auch für diese Orte nur auf derselben Grundlage, wie sie in Berlin festgelegt wurde, das bisherige Tarifverhältnis erneuert werden kann. Die vielleicht an manchen Orten im Stillen gehegte Hoffnung der Prinzipale, durch die Nichtbeteiligung der Tarifverhandlungen fernerhin von dem lästig empfundenen Tarifzwang befreit zu sein, dürfte sehr bald von der Hilfsarbeiterorganisation zerstreut werden.

Es braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden, daß die Verhandlungen an und für sich unter großen Schwierigkeiten zu leiden hatten. Warfen doch immer noch die gescheiterten Leipziger Verhandlungen ihre Schatten dazwischen. Mehr als einmal türmten sich die Schwierigkeiten zu einer Höhe auf, die unübersteigbar aussah und doch gelang es der beiderseitigen Einsicht und dem vorbandenen ernst und guten Willen auch über solche Momente hinwegzukommen. Und so ist es denn gelungen, die Wege zu finden, die zur zweiten Tarifperiode für das Buchdrucker-Hilfspersonal Deutschlands führen.

Wie schon aus den bereits veröffentlichten Beschlüssen des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker zu ersehen war, ist der diesmalige Aufbau des Tarifes gegen den bisher bestandenen ein grundverschiebener. Während jetzt die „Allgemeinen Bestimmungen“, die das Arbeitsverhältnis regeln, die zentrale Grundlage bilden, auf die sich die örtlichen Lohnsätze aufbauen und welche

auch örtlich vereinbart wurden, ist jetzt die Lohnregelung ebenso, d. h. in den Grundpositionen, zentral erfolgt. Als Träger der ersten Tarifgemeinschaft galten der Deutsche Buchdrucker-Verein und unser Verband, während nunmehr prinzipalsseitig die Mitglieder jener Bezirksvereine, die der Tarifgemeinschaft beitreten und die bei diesen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen die Tarifgemeinschaft bilden. Dieser Zustand ist, ganz besonders nach der Erklärung des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdrucker-Vereins, für die Ausbreitung des Hilfsarbeitertarifes keine Gewähr weber übernehmen zu können noch zu wollen, ein unbestrittener Fortschritt gegenüber dem bisherigen Verhältnis.

Es ist im Augenblick nicht möglich, bevor das offizielle Beschlusprotokoll über die Verhandlungen im Wortlaut vorliegt, auf die einzelnen Punkte des neuen Tarifes einzugehen. Ganz besonders können heute noch keine definitiven Angaben über die erfolgenden Lohnerechnungen, die am 1. Januar 1912 in Kraft treten, gemacht werden, weil die örtlichen Kommissionen vorerst noch die zentral beschlossenen Grundlagen zu verarbeiten haben. Jedenfalls können wir heute schon mitteilen, daß in den wesentlichsten Positionen Verbesserungen für das Hilfspersonal festgelegt sind, obwohl, was wir gleich hinzufügen wollen, diese nicht in allen Punkten den Wünschen der Kollegenschaft voll und ganz Rechnung tragen. Nichtsdestoweniger können wir das Zustandekommen des neuen Tarifabschlusses begrüßen als einen weiteren Beweis dafür, daß auch hier wieder die Kraft der Organisation sich bewährt hat und daß wir auf dem einmal eingeschlagenen Weg zu weiteren Erfolgen gelangen werden, die die wirtschaftliche Lage unserer Kollegenschaft zu heben.

Aussperrfieber!

Der Zusammenschluß der in den verschiedenen Berufen und Stellungen tätigen Arbeiter hat die Wut und die Verbosheit des Kapitalismus auf die Spitze getrieben. Der Gedanke, daß der Herr-im-Hause-Standpunkt ins Wanken gebracht werden könnte, ferner daß die Organisationen als mitbestimmende Faktoren auf den Plan getreten sind, hat die Vertreter der Großindustrie in Angst und Schrecken gejagt und ihr Blut in Siebehöhe berstet. Gaben sie sich doch dem süßen Wahne hin, für immer die Gewalt über ihre sich in erbärmlichster Lohnflaverei befindliche Arbeiterschaft zu besitzen und ihr ein jedes, auch das geringste Recht rauben resp. streitig machen zu können.

Dies war aber nur so lange möglich, als der Arbeiter in Unkenntnis seiner Lage verblieb, als Einzelner dastand und somit der ganzen Willkür und Brutalität des Arbeitgebers ausgesetzt war. Eine Veränderung herbeizuführen war darum von je das Bestreben der Organisationen und der sozialdemokratischen Partei. Sie haben sich darum auch untreitig das größte Verdienst um

den Einzelnen wie um die große Masse erworben, daß sie imstande waren, die Arbeiterschaft aus finstern Trübsinn und tatenloser Gleichgültigkeit zu hoffnungsfreudigem und zielbewußtem Handeln zu bewegen. Unablässige Belehrung über die wirkliche Lage brachte den Arbeiter zur Erkenntnis derselben und das dadurch hervorgerufene Erwachen des Massenbewußtseins einte sie in der Organisation. Der Zusammenfluß in den Organisationen mußte darum den Bahn des Kapitalismus vollständig zerstören und ihm einen Strich durch die Rechnung machen.

Da die Organisationen sich zu einer dem Unternehmertum ebenbürtigen Macht entwickelten und den Herrschergeleuten des Unternehmertums ein kräftiges Paroli zu bieten imstande waren, so mußten die Kapitalisten gar bald einsehen, daß man nicht ungestraft mit höhnischem Lächeln über die Macht der Arbeiterschaft hinweggehen kann, ohne selbst fürchterlichen Schaden zu erleiden. Darüber nun erheben sie ein großes Geschrei. Hilfe rufe nach staatlicher Unterstützung in ihrem Bestreben auf Niedertrennung der Gewerkschaften einzuschalten in allen Parlamenten des Reiches. Der Ruf nach Ausnahmegesetzen, nach Entziehung des Koalitionsrechtes tönt immer lauter und eindringlicher. Wohl versuchen die staatsbehaltenden, weisensverwandten Parteien in Verbindung mit den Regierungen ihnen Hilfe angedeihen zu lassen. Aber die schlechten und trüben Erfahrungen des Sozialistengesetzes lasten noch allzusehr auf ihnen, als daß sie noch einmal den Versuch wagen möchten, zu derartigen Mitteln zu greifen, im übrigen dürfte das Exempel sehr schwer ausfallen.

In ihrer Verzweiflung versuchten sie es darum mit Gründungen gelber Verbände in der ausgesprochenen Absicht, die Arbeiterorganisationen zu sprengen. Zu diesem Behufe wurden Versprechungen über Versprechungen gemacht, um langjährige Arbeiter dafür zu gewinnen.

Wohl finden sich hier und da einige Bereitwillige, die, um ihre Stelle zu halten oder deren Strebertum sie dazu zwingt, Mitglieder dieser Vereine werden; meist sind es aber Elemente, die dem eigentlichen Berufsleben fernstehen, als Gelegenheitsarbeiter fungieren, oder als schwache charakterlose mit Knechtsinn behaftete Menschen den Kampf nicht aufzunehmen wagen und sich gegebenenfalls zum Streikbrecher hergeben. Was will aber die kleine Zahl dieser „Getreuen“ bedeuten gegen die geschlossene Einheit und den festen Willen der gewerkschaftlich organisierten? Meist sind die Gelben überdies Arbeiter, die sonst nicht fähig sind, mit den gesuchten Arbeitern konkurrieren zu können und darum nur als Aushilfe bei Streiks in Betracht kommen können, das Verlusstkonto der Industriellen aber schwer belastend.

Dies aber und die Hoffnungen der Unternehmer, ihre verzweifelte Lage durch Gründungen von Schutzverbänden zu verbessern, schlugen oft fehl. Die Interessen des Einzelnen wiegen oft zu schwer, als daß er sich in solch gewagte Spekulationen eingelassen hätte. Die Verschiedenheit in der Bearbeitung der Rohprodukte, die außerordentliche Vielseitigkeit der Branchen konnte keine rechte Einheit unter den Kapitalisten erzielen. Da griffen denn die Großindustriellen zu den letzten ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Durch Klagelieder auf das unsolidarische Verhältnis, unter Hinweis auf spätere event. Nachproben der Arbeiterschaft, die den Einzelnen zum Abgrund seiner Existenz führen müsse, brachten sie es zuwege, daß sich doch noch einige anschlossen. Und wo auch in solchen Fällen nichts zu erreichen war, wurde zu dem völlig ungesetzlichen Mittel der Verurteilung gegriffen. Kein Lieferant durfte es wagen, einem solchen Fabrikanten Rohprodukte zu liefern, wollte er nicht selbst Gefahr laufen, die Ruchschand der Großindustriellen für immer einzubüßen. Dies nötigte natürlich die Hartnäckigsten, sich den Bestrebungen des Schutzverbandes anzuschließen oder ihm selbst beizutreten. In voller Zuversicht der zu erringenden Siege über die Arbeiterschaft und Sprengung der Organisationen inszenierten nun die Schutzverbände Ausperrungen über Ausperrungen.

In ihrem Eifer gehen sie sogar so weit, die jeweilige günstige Konjunktur außer Acht zu lassen. Die Fieberhitze ihrer Siegesphantasie läßt sie die üppigsten Wilder der Kapitalsherrschaft sehen und treibt sie dabei zu unünftigen

Handeln. Ohne Bedacht darauf zu nehmen, daß ungeheure Werte dem Auslande zugewiesen werden müssen, die ohne die Möglichkeit des Innehaltens der Lieferungsstermine der heimischen Industrie verloren gehen, verlieren sie hierbei noch selbst ihre Ruchschand und untergaben auf diese Weise die Existenz der kleineren Fabrikanten. Wohl erleidet der Großindustrielle auch Schaden, aber vermöge seiner Kapitalisten vermag er es immerhin auszuhalten; aber wie viele kleinere Existenzen werden durch solche Gewaltmittel für immer vernichtet. Aber was kümmert es die Großen? Es wird ja dadurch nur erreicht, daß sich die Produktion zentralisiert und somit dem Großkapitalisten zugute kommt.

Die Gemeingefährlichkeit dieses Treibens liegt klar auf der Hand.

Aber nicht nur die Existenzen kleiner Fabrikanten werden aufs Spiel gesetzt. Nicht nur, daß die Arbeiter strupplos dem Hunger preisgegeben werden. Nein, auch der Staat leidet unter diesen verderblichen Machinationen dieser sich national brüstenden „Großen“. Durch die fortwährenden Ausperrungen werden auch unbeteiligte Berufe und Branchen in Mitleidenschaft gezogen. Die Stilllegung anderer großer industrieller Betriebe ist gar oft die Folge derartiger Kraftproben. Die Kaufkraft des Hauptkonsumenten, des Proletariats, wird eingeschränkt. Der kaufmännische Kredit leidet darunter. Oft fallieren selbst große Betriebe dadurch. Der Verlust an ständigen Einnahmen mindert den Nationalwohlstand und muß den Staat in größte Gefahr bringen, da nicht nur eine Schuldenbedeckung möglich ist, sondern zu weiteren Anleihen gegriffen werden muß. All dies zeigt auch, wie staatsgefährlich die Treibeien dieser Herren sind. Nicht Stützen des Staates, als die sie sich so gern aufspielen, die ärgsten Feinde sind es. Es ist darum nötig, daß ihnen die Maske vom Gesicht gerissen wird, damit das Volk das wahre Gesicht sehe. Die kommenden Reichstagswahlen müssen die gesamte Arbeiterschaft auf den Plan finden, um Sturm zu laufen gegen die Volkwerke kapitalistischen Uebermut.

Der Sieg der guten Sache kann nicht ausbleiben. Wd.

Die Reichstagswahlen und die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen.

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen gegenwärtig die Wahlen zum deutschen Reichstage, die am 12. Januar vollzogen werden sollen. Mit Spannung warten die Anhänger der verschiedenen Parteien auf den Ausgang der Wahlen, da hiervon ein Einfluß auf die Gesetzgebung im Sinne der Parteizugehörigen abhängt.

Wählen dürfen am 12. Januar mit Ausnahme des weiblichen Geschlechts alle über 25 Jahre alten Personen, soweit sie im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Frauen sind also an den Wahlen nicht unmittelbar beteiligt. Trotzdem ist der Wahltag auch für sie von großer Bedeutung, nicht nur, soweit sie als Staatsbürgerinnen in Frage kommen, sondern speziell als Angehörige der arbeitenden Klasse und ganz besonders als Arbeiterinnen, als Mitglieder der Gewerkschaften.

Diese greifen allerdings nicht aktiv in den Wahlkampf ein. Sie haben wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen und dürfen nach dem Reichsvereinsgesetz sich nicht politisch betätigen. Dennoch aber sind die Mitglieder der Gewerkschaften in hervorragendem Maße an dem Ausfall der Wahlen interessiert. Hängt es doch von diesen ab, welche Nachstellung die Parteien, die den Bestrebungen der Gewerkschaften wohlwollend oder feindlich gegenüberstehen, im neuen Reichstage haben werden und weiter, ob den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft die Erämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Gesetzgebung ermöglicht oder unterbunden wird.

Das Verhalten der verschiedensten Parteien im Reichstage während der bisherigen Legislaturperioden und namentlich während der letzten, zeigt aber, was die Angehörigen der besetzten Klasse und die Gewerkschaften für die Zukunft zu

erwarten haben, wenn in der Zusammenfassung des Reichstages keine Veränderung eintritt.

Große Lasten hat der verfloffene Reichstag der Bevölkerung durch die Reichsfinanzreform aufgelegt, die durch indirekte Steuern die notwendigen Lebensmittel verteuert und für Laufende durch die Tabak- und Zündholzsteuer die Arbeitsgelegenheiten eingeschränkt hat. Namentlich den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen ist hierdurch das Leben ungemein erschwert worden. Den ersten, weil sie bei ihrem schon so geringen Verdienst höhere Aufwendungen für die notwendige Nahrung nur dadurch tragen können, daß sie für die Zukunft noch mehr als bisher auf gutes Essen verzichten. Für die Letzteren sind die häuslichen Sorgen, wie mit dem schmalen Einkommen der Familienmitglieder die zweifelhafte Ernährung werden können, um vor allen Dingen die Arbeitskraft zu erhalten, bedeutend gestiegen.

Wie mühten daher von den weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse die Bestrebungen der Gewerkschaften, durch ihre Kämpfe die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, unterstützt werden. Bei diesem Streben aber erführen nun die Gewerkschaften durch das 1908 beschlossene Reichsvereinsgesetz die größten Schwierigkeiten. Wiederholt sind Versammlungen durch Uebergriffe der Polizeibehörden und der Verwaltungsorgane des Staates verhindert, Zweigvereine der Gewerkschaften als politische Vereine erklärt und in ihrem Wirken gehemmt worden. Und als im Oktober d. J. die Reichstagswahlen von den Vertretern der Arbeiterschaft interpelliert wurde, da zeigte es sich, daß außer der sozialdemokratischen Fraktion keine andere Partei ernsthaft gewillt ist, die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes durch die Behörden im Sinne des Wortlautes und der gegebenen Versprechungen durch Regierungsvertreter zu garantieren. Die Machtbefugnisse, die das Reichsvereinsgesetz den Polizeibehörden und Verwaltungsorganen durch die Auslegung seiner Bestimmungen einräumt, sind für die Gewerkschaften und damit für die gesamte Arbeiterschaft eine so große Schädigung, daß demgegenüber die Vorteile, die das Gesetz gebracht hat, z. B. das Recht, daß auch Frauen politischen Vereinen als Mitglieder angehören können, mehr als aufgehoben werden.

Wie beim Reichsvereinsgesetz, so sind auch bei allen anderen Gesetzentwürfen, die dem letzten Reichstage zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegen haben, die Interessen der arbeitenden Klasse in erster Linie und häufig ganz allein von den Sozialdemokraten vertreten worden. Dies war unter anderem der Fall bei der Beratung des Antrages auf Schaffung eines Reichsberggesetzes, der Novelle zur Gewerbeordnung, dem Antrage auf Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, bei der Reichsversicherungsordnung und zuletzt beim Hausarbeitsgesetz.

Obgleich in den Jahren 1885 bis 1908 im deutschen Bergbau 1220 946 Unglücksfälle vorgekommen sind, von denen 26 011 tödlich verliefen, und obgleich durch das Unglück auf der Zeche Rabbod am 12. November 1908 350 Bergleute auf einmal ihren Tod fanden, wurde doch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, ein Reichsberggesetz zu schaffen, das den Arbeitern Schutz bringen sollte, abgelehnt. Während der Debatten und namentlich auf einer Konferenz, welche die Bergwerksverwaltungen am 16. Januar 1909 in Berlin abhielten, kam deutlich der Einfluß der Bergwerksbesitzer auf die Regierung zum Ausdruck. Ministern wurde hier sogar mit der Entlassung gedroht, wenn sie den Bergwerksgehaltigen gegenüber sich nicht gefügig zeigten.

Die Novelle zur Gewerbeordnung wurde nur soweit Gesetz, als es sich um die Regelung des Maximalarbeitstages für erwachsene Arbeiterinnen handelte, den die Gewerkschaften übrigens ihren Mitgliedern zum großen Teil schon längst errungen hatten. Alle übrigen Forderungen gehören zu denen, die gleich dem Arbeitsstammengesetz, das den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft gesetzliche Vertretung sichern sollte, durch den Schluß des Reichstages nicht mehr zur Beratung gekommen sind. Von der Zusammenfassung des nächsten Reichstages wird es abhängen, ob solche Forderungen wieder zur Beratung und Beschlußfassung kommen und in

welcher Form sie angenommen werden. Von dem Ausfall der Wahlen wird es auch abhängen, ob die Wünsche des vereinigten Unternehmertums, Ausnahmegebote gegen die Gewerkschaften durchzusetzen, Aussicht auf Erfolg haben. In dem Entwurf zum deutschen Strafgesetzbuch hatte die Regierung den Wünschen der Unternehmer entsprochen. Auch dieser Gesetzentwurf erlitt durch den Reichstagsbeschluß dasselbe Schicksal wie die vorerwähnten.

So arm an positiven Leistungen in Bezug auf Arbeiterschutz war selten eine Reichstagsperiode, wie die letzte. Und doch hat der vorletzte Reichstanzler, Fürst Bülow, nach dem Ausfall der Januarwahlen 1907 erklärt, nun, nachdem die sozialdemokratische Fraktion nahezu die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüßt hat, würde erst recht Sozialpolitik betrieben werden. Die Erfahrungen haben aber gelehrt, daß der erste Reichstanzler, Fürst Bismarck, recht hatte, als er sagte, ohne Sozialdemokratie gäbe es überhaupt keine Sozialpolitik. Wenn die verschiedenen Parteien, vor allen Dingen das Zentrum, nicht gezwungen wären, doch manchmal Rücksicht auf ihre Wähler zu nehmen, die zum großen Teil Arbeiter bilden, dann würde es in dieser Beziehung noch weit schlimmer stehen. Nur die sozialdemokratische Fraktion ist bisher stets geschlossen für Arbeiterschutzgesetze und solche, die die Arbeiterversicherung regeln sollen, eingetreten und hat den Anstoß zu diesen und zu Verbesserungen der bestehenden Gesetze gegeben. Daß es ihr nicht möglich war, mehr zu erreichen, lag daran, daß die Gegner der Sozialpolitik, konservative, National-liberale, teilweise auch Freisinnige, vor allen Dingen aber das Zentrum, noch immer die Mehrheit im Reichstage bildeten und instande waren, alle Versuche, die Gesetzgebung für die Arbeiterschaft günstig zu gestalten, zu hintertreiben.

Dies zeigte sich deutlich bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, deren Bedeutung vor den Arbeitern und vor allem den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen viel zu wenig erkannt wird.

Namentlich kommt die weibliche Arbeiterschaft in Frage kommt, sind in das Gesetz Verschlechterungen gegenüber den bisher gültigen Bestimmungen hineingekommen und nahezu alle Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt worden. Oftmals, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Haltung zu begründen. Für die Krankenversicherung wurde auf diese Weise die Selbstverwaltung zum großen Teil aufgehoben, die den versicherten Mitgliedern erst in dem Gesetz vorgesehenen Mehrleistungen gewährt hat und auch in Zukunft nur tun wird. Hierzu gehören neben Krankenhausbehandlung die Lieferung teurer Medikamente und Heilmittel, Familienhilfe, Schwangerenunterstützung, Hauspflege, erhöhtes Sterbegeld und anderes. Ansprüche auf Wöchnerinnenunterstützung haben nach wie vor nicht alle weiblichen Klassenmitglieder. Die Heimarbeiter und Arbeiterinnen werden zum großen Teil den Landtranklassen unterstellt werden, die Wöchnerinnenunterstützung nur auf die Dauer von vier Wochen zahlen brauchen und diese sowie Krankenunterstützung während der Wintermonate auf die Hälfte der in diesen Klassen schon so niedrigen Leistungen herabsetzen und unter bestimmten Voraussetzungen ganz versagen können.

Diese Vorschriften sind sämtlich gegen den Willen und die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten gefaßt worden, obgleich diese in Rücksicht auf die Gesundheitsverhältnisse in der Arbeiterschaft den Ausbau der Krankenversicherung dringend gefordert hatten. Jährlich sterben an den Folgen der Entbindung 10 000 Frauen in Deutschland und 50 000 tragen schwere Erkränkungen davon. Auch die hohe Säuglingssterblichkeit, die namentlich in Arbeitergebieten anzu-treffen ist, hätte Veranlassung sein müssen, die Bestimmungen der Krankenversicherung zu erweitern. Aber auch hier blieben die Arbeitervertreter, die sozialdemokratischen Abgeordneten, mit ihren Anträgen auf Einführung allgemeiner Hebammenhilfe, Zahlung von Schwangerenunterstützung an alle in Frage kommenden Mitglieder und Gewährung von Stillsitzen nahezu allein. Ihre geringe Zahl war schuld daran, daß ihre Anträge nicht zur Annahme kommen konnten.

Wie bei der Krankenversicherung liegt es nun bei der Unfallversicherung und in erster Linie bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Namentlich die letztere ist es, die zum größten Protest herausfordern müßte, da sie das 1902 gegebene Regierungsversprechen, vom 1. Januar 1910 ab aus den Mehrerrträgen der Zölle Renten an Witwen und Waisen zu gewähren, vom 1. Januar 1910 ab erfüllen soll. Allerdings nicht in dem damals versprochenen Sinne. Es werden nämlich nur die Witwen Renten für sich und ihre Kinder erhalten, die nicht mehr arbeitsfähig sind und auch nur dann, wenn der Mann Invalidenrente erhalten hat. Unter 100 Witwen haben nach diesen Bestimmungen nur immer sieben Anspruch auf Rente. Ob sie solche erhalten, steht außerdem sehr dahin, da der bisher geltende Begriff für die Invalidität auch für die Hinterbliebenenrente aufrechterhalten wird. Es ist vorgekommen, daß alte, vollständig gebrechliche Leute und solche ohne Arme oder Beine mit ihren Ansprüchen auf Rente abgewiesen worden sind.

Außerdem sind es die niedrigen Renten, die der Arbeiterschaft zeigen müßten, daß nicht beabsichtigt ist, ihr durch das Gesetz Hilfe zu bringen. Es muß immer wieder betont werden, daß mit der Reichsversicherungsordnung und der Verabschiedung des Gesetzes vor den Neuwahlen nur eine Täuschung der Wähler beabsichtigt war, die um so leichter möglich ist, als leider die Arbeiterschaft und in erster Linie die weibliche, diesem Gesetz recht interesselos gegenübersteht.

Renten für Witwen und Waisen waren versprochen. Erhalten werden solche nur invalide Witwen und ihre Kinder und zwar die Witwe im Betrage von 19 Pf. täglich, das erste Kind von 9 Pf. und jedes weitere Kind von 7 Pf. pro Tag, und zwar nach dem noch nachträglich beschlossenen Einführungs-gesetz für alle Lohnklassen auf lange Zeit hinaus.

Bevor eine invalide Witwe Anspruch auf den höheren Satz von täglich 20 Pf. Rente erheben darf, müssen ohne Rücksicht auf die bisher geleisteten Beiträge vom 1. Januar 1912 ab in der ersten Lohnklasse 10 Jahre und 36 Wochen hindurch Beiträge entrichtet sein, in der zweiten Lohnklasse 4 Jahre und 1 Woche, in der dritten Klasse 2 Jahre und 32 Wochen, in der vierten Klasse 2 Jahre und 1 Woche und in der fünften Klasse 1 Jahr und 36 Wochen. Dann erst erhalten invalide, also erwerbsunfähige Witwen den erwähnten Rentenatz.

Dafür werden aber die Beiträge in sämtlichen Lohnklassen erhöht und ferner fällt die Erstattung eingezahlter Beiträge an Frauen nach ihrer Verheiratung und beim Tode des versicherten Ehemannes fort.

Alle diese Bestimmungen sind trotz energischen Protestes der Vertreter der Sozialdemokratie in das Gesetz hineingekommen, und allein das Verhalten der Parteien bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, einem Gesetz, das nur für die Arbeiterschaft und zum großen Teil für die weibliche, in Frage kommt, müßte den Angehörigen der beschlossenen Klasse zeigen, welchen Vorteil die Vermehrung der Zahl sozialdemokratischer Abgeordneter ihr bringen würde.

Das selbe ist zu sagen von den Erfahrungen bei Beratung des Gesetzentwurfes, der in den letzten Tagen zur Annahme gelangte, dem Entwurf zum Hausarbeitsgesetz. Auch hier waren es neben der sozialdemokratischen Fraktion nur wenige bürgerliche Abgeordnete, die für Verbesserungsanträge eintraten und stimmten. Alle übrigen, allen voran wieder die Vertreter des Zentrums, beantragten und stimmten für die Entwürfe, die es dahin bringen werden, daß die Heimarbeiter und Arbeiterinnen dafür bestraft werden können, daß sie nicht soviel verdienen, um den gesetzlichen Anforderungen auf Ausgestaltung der Arbeitsräume gerecht zu werden. Den erwarteten und geforderten Einfluß auf die Lohnverhältnisse bringt das Hausarbeitsgesetz nicht.

Die Arbeiterinnen seien ferner noch besonders an die Abstimmung der Parteien über den Antrag auf Änderung des § 31 des Gerichtsverfassungsgesetzes erinnert, die ihnen und den weiblichen Angestellten das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bringen sollte. Hier zeigte sich ebenfalls dasselbe Resultat wie stets, wenn es

sich um Arbeiterrechte oder Vorteile dieser am schlechtesten gestellten Schicht der Gesellschaft handelt.

Eine Milderung der Gesetzgebung in für die Arbeiterschaft und ihre Angehörigen günstigem Sinne wird erst dann eintreten, wenn die große Masse der Bevölkerung — und das ist die bestlose — erkannt hat, wer für ihre Interessen eintritt. Daß dies die Vertreter der Sozialdemokraten bisher stets und oft allein getan haben, bedarf wohl keiner weiteren Beweise.

Wenn deshalb die sozialdemokratische Fraktion durch die Wahlen erhebliche Zunahme ihrer Mitgliederzahl erfährt, dann werden auch die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen dies Resultat mit Freuden begrüßen. Garantiert ihnen doch die wachsende Macht der Sozialdemokratie im Reichstage erhöhten Einfluß dieser stets für die bestlose Bevölkerung eintretenden Partei auf die Gesetzgebung und erhöht dadurch die Hoffnung, daß auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, ungehindert ihre ihnen gesetzlich erlaubten Aufgaben erfüllen und der Arbeiterschaft die Lebensbedingungen erleichtern können.

Gertrud Hanna.

Korrespondenzen.

Brieg. Die ordentliche Mitgliederversammlung, welche immer am Sonnabend nach dem Ersten eines jeden Monats abgehalten wird, wurde diesmal auf den nächsten Tag, einem Sonntag, verlegt, weil auch zu gleicher Zeit vormittags eine Hausagitation abgehalten wurde. Zu dieser war der Agitationsleiter Kollege Müller aus Breslau gerufen und auch erschienen. Derselbe betätigte sich von Anfang bis zu Ende an derselben und war am Schluß um manche Erfahrung reicher. In der nachmittags stattgefundenen Versammlung gab der Vorsitzende das Resultat dieser Hausagitation bekannt, wobei er dem Wünsche Ausdruck verlieh, daß es Pflicht eines jeden Mitgliedes sei, sich an solchen Agitationen ebenfalls zu beteiligen und diese nicht bloß zwei oder drei Kollegen zu überlassen. Kollege Müller äußerte sich in demselben Sinne, gab außerdem die am Vormittag gemachten Beobachtungen und Erfahrungen zum besten; dabei konnte er nicht unterlassen, nach vielen Richtungen hin gute Ratschläge und Fingerzeige zu geben. Der Beifall bewies, daß allen Mitgliedern aus dem Herzen gesprochen war. Das gemeinsame Vorgehen mit dem Buchbinder- und Fabrikarbeiterverband zwecks Erlangung einer Teuerungszulage hatte einen sehr minimalen Erfolg, daß man eigentlich von einem solchen gar nicht sprechen kann. Die Zeit, in der unsere Prinzipale zu derselben Einsicht gelangt sein werden, wie die Besitzer der Waggi- oder Reihwerke, liegt wahrscheinlich noch zehn Meilen hinterm Monde. Hier war es wieder Kollege M., welcher die Anwesenden aufmunterte, das man durchaus nicht gleich beim ersten Male verzagen solle. Gerade die Weigerung der Prinzipale, dem Kollegen oder der Kollegin dasjenige zu gewähren, was dieselben zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft brauchen, habe schon ungeahnte Erfolge den Verbänden gebracht. Ist dann erst die letzte Kollegin oder Kollege für unsere Sache gewonnen, dann sind Mißerfolge ausgeschlossen. Es empfiehlt sich eben ganz besonders nach dem Rezept zu verfahren, wie es Kollege Müller in Anregung gebracht habe. Mehrere Kolleginnen führten dann noch Beschwerden über das unfeine Benehmen von einigen im Geschäft tätigen Angestellten. (Firma tut nichts zur Sache.) Nachdem man sich in dieser Angelegenheit genügend ausgesprochen hatte, wurde beschlossen, falls in nächster Zeit keine Bessung zum Besseren eintreten sollte, die Öffentlichkeit zu unterrichten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Die am 12. Dezember stattgefundene Mitgliederversammlung nahm den Bericht über die geschickten Tarifverhandlungen in Leipzig entgegen. Kollege Franz Herrmann schilderte die Vorgeschichte und den Verlauf dieser Verhandlungen und unterzog besonders die Haltung der Dresdner Prinzipale einer scharfen Kritik. Die Vorgänge bei den örtlichen Tarifverhandlungen 1909/1910 sind noch in frischer Erinnerung und ebenso auch die damalige Kanonierung der Beschlüsse des Tarifamtes, die den Beweis geliefert hat, daß die Dresdner Unternehmer sich nicht einmal verpflichtet fühlen, den Anordnungen ihrer vorgesehener Tarifinstanzen Folge zu leisten. Bereits im Verlauf des Sommers wurde eine Prinzipals-Kommission gewählt, die mit den

Hilfsarbeitern verhandeln sollte; was ist aber die Tätigkeit dieser Herren gewesen? man möchte fast behaupten, daß sie ihre Zeit nur dazu benutzt haben, die jetzt bekannt gewordenen Knebelungsanträge für das Hilfspersonal in raffinierter Weise zu erfinden. In einer vor kurzer Zeit stattgehabten Prinzipals-Berammlung, wo man glaubte unter sich zu sein, haben die Herren sich in herabwürdigender Weise über die Qualität des Dresdner Hilfspersonals ausgesprochen und dabei ihre ihnen in Fleisch und Blut übergegangene Feindschaft gegen die Einführung eines Hilfsarbeiter-Tarifs am Orte dokumentiert. Eingehend auf die durch technische Fortschritte bedingte erhöhten Anforderungen, welche an die menschliche Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit gestellt werden, verglich der Redner die heftigen Lohnverhältnisse mit denen anderer, gleich großer und teilweise auch kleinerer Druckstädte. Daraus ergibt sich, daß in Dresden dem Druckereihilfspersonal seither immer Löhne gezahlt worden sind, die keineswegs mit den örtlichen Teuerungszuständen in Einklang stehen, geschweige denn mit den in anderen gleich großen Orten bezahlten Löhnen konkurrieren können, obwohl dortselbst nachweislich der Lebensunterhalt teilweise billiger ist. Auch auf Grund unserer Statistik ist festgestellt worden, daß die Löhne am Orte innerhalb der letzten zwei Jahre mit wenig Ausnahmen und trotz der Verteuerung aller Lebens- und Existenzbedingungen fast dieselben geblieben sind und daß es unabwiesbare Notwendigkeit ist, unsere wirtschaftliche Lage zu heben, wenn nicht ein großer Teil der Mitglieder durch fortgesetzte Unterernährung der vollen Arbeitskraft verlustig gehen will. Da in Dresden nicht daran zu denken ist, ein Tarifabkommen zustande zu bringen, muß es uns daran liegen, andere Mittel und Wege zu finden, um dennoch zu einem Ziele zu kommen. Die einschlagende Taktik ist die des Kleinkrieges, den wir leidenschaftlich und in Ehren führen werden, die Verantwortung tragen aber diejenigen, die durch ihre Provokationen uns herausgefordert haben. Unbenutzt arbeiten aber die Herren Prinzipale durch ihr Gebahren auch für uns und selbst den sonst Gleichgültigen, die der Organisation ferngeblieben haben, sind jetzt die Augen geöffnet worden, so daß sie in den Verband eintreten. Die einseitige Interessen-Vertretung der Buchdruck-Prinzipale wird stets einer Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hindernd entgegenstehen und ist dieselbe auch nicht dazu angetan, den Frieden im Gewerbe herbeizuführen. Sodann berichtete Kollege Paul Herrmann über den Stand der Auslieferung im Steindruckgewerbe. Da nun in fast ganz Deutschland das Hilfspersonal von der Auslieferung betroffen ist und auch eventuelle Kämpfe im Buchdruck wegen Nichtzustandekommen eines Tarifs zu erwarten sind, hat der Hauptvorstand den § 12 des Unterstützungs-Reglements in Kraft gesetzt. Der Redner fordert auf, daß alle ihren diesbezüglichen Verpflichtungen strikte nachkommen. Auch hat der Hauptvorstand Vorfrage getroffen, im Falle, daß verschiedene Mitglieder ihren Idealismus beweisen wollten, auch noch höhere Ertragsbeiträge geleistet werden könnten. Ferner verwies Kollege Paul Herrmann noch darauf, daß die Ortsversammlung Sammelstellen in Umlauf gesetzt habe, um den Ausgesperrten und Arbeitslosen von dem Ertrage eine Wechnachts-Unterstützung teilhaftig werden zu lassen. Es ist die moralische Pflicht eines jeden, seine Opferwilligkeit hierbei zu beweisen. Mit einem Appell an die Anwesenden, bei jeder Gelegenheit für die gedeihliche Entwicklung der Zahlstelle sorgen zu wollen, schloß er die Versammlung.

Frankfurt a. M. General-Versammlung vom 10. Dezember 1911. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegin Brill durch Erheben von den Plätzen. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, in welchem er ausführte, daß das Jahr 1911 ein Jahr des Kampfes, ein Jahr schwerer Arbeit gewesen sei wie keines je zuvor. Galt es doch in diesem Jahre die Vorbereitungen zu unserer Tarifrevision zu treffen, mit welchen gleich zu Beginn des Jahres mit der Ausarbeitung einer großzügigen Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Betriebe und Zahlstellen begonnen wurde, welche dann den einzelnen Zahlstellen als Material für weitere Tarifabschlüsse dienen sollte. Hierbei mußte man die Erfahrung machen, daß ein großer Teil unserer Mitglieder die Fragebogen überhaupt nicht oder sehr mangelhaft ausgefüllt hat, so daß den Ortsverwaltungen und nicht zuletzt dem Hauptvorstand noch ein schönes Stück Arbeit verbleibt, um dieselben einigermaßen ordnungsgemäß herzustellen. Weiter wurden in den Mitglie-

dschaften der einzelnen Tariforte die „Allgemeinen Bestimmungen“ einer Revision unterzogen und Änderungsanträge eingereicht, welche von den Gewerkschaften verarbeitet wurden. Es war also alles geschieden, damit der Tarifrevision von unserer Seite nichts mehr im Wege stand, und trotzdem haben wir bis heute noch keinen neuen Tarifabschluß, was nur an der Hartnäckigkeit der Unternehmer gelegen ist. Die am 18. Dezember wieder beginnenden Tarifverhandlungen werden ja zeigen, inwieweit uns die Unternehmer entgegenkommen werden. Redner streifte noch einmal die Lohnbewegung im Steindruckgewerbe von Anfang an, dabei betonend, daß der Schutzverband es abgelehnt habe, mit dem Hilfsarbeiter-Verband in Unterhandlungen einzutreten. Aber auch die Verhandlungen mit den Gehilfen scheiterten nun zum zweiten Male an der Starrköpfigkeit der Vertreter des Schutzverbandes, so daß die Dauer des Streiks noch nicht abzusehen ist und derselbe mit näher Ausdauer weiter geführt wird. Leider mußte festgestellt werden, daß einzelne Kolleginnen, trotzdem für sie ein Tarifabschluß erfolgte, bei welchem sie eine Lohnerhöhung von 2-3 M. pro Woche erzielten, jetzt, nachdem sie die Lohnerhöhung und Ferienbewilligung haben, dem Verbands wieder den Rücken kehren. Es zeigt dies von einer Interesselosigkeit sondergleichen, welche nicht scharf genug beurteilt werden kann. Was den Besuch der Versammlungen anbelangt, so kann gesagt werden, daß derselbe in diesem Jahre ein guter zu nennen war und hält derselbe hoffentlich auch für die Zukunft so an. Es fanden im Laufe des Jahres statt eine Generalversammlung, zehn Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Versammlung und 19 Vorstandssitzungen, ferner eine Konferenz und vier öffentliche Versammlungen für das Steindruckerei-Hilfspersonal, eine Schiedsgerichtssetzung, welche zu unsern Gunsten entschieden hat, und zitta 100 Verfluchbesprechungen. Desgleichen mußte die Ortsverwaltung bei einer ganzen Anzahl von Firmen zur Beseitigung verschiedener Mängel vorstellig werden, welche alle zur Friedliebende ihre Erledigung fanden. Die Mitgliederzahl stieg von 168 im Vorjahre auf 257 und zwar 117 männliche und 140 weibliche. Das ist ein Mehr von 89 Mitgliedern. Arbeitslos meldeten sich 106 weibliche und 42 männliche Kollegen und Kolleginnen, während der Arbeitsnachweis von den Prinzipalen 147 mal in Anspruch genommen wurde, so daß die Stellen alle besetzt werden konnten. Die Vorstandswahl zeitigte daselbst Resultat wie im Vorjahre. Berichtete Anträge des Vorstandes, welche dringliche Angelegenheiten betrafen, fanden die Zustimmung der Versammlung. Nun berichtete Kollege Kahl über die gescheiterten Tarifverhandlungen in Leipzig. In der Diskussion wurden die Verschlechterungsbestrebungen der Prinzipale scharf kritisiert und zum Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute über Erwarten zahlreich besuchte Versammlung nimmt den Bericht von den gescheiterten Verhandlungen über die „Allgemeinen Bestimmungen“ entgegen. Die Versammlungen sind empört über die Dreistigkeit der Prinzipale, welche versuchen, die ohnehin schon schlechten Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiterschaft noch weiter zu verschlechtern, indem sie derselben wohl ungeheure Pflichten, aber keine Rechte einräumen wollten. Die Versammelten sprechen ihren Vertretern bei den Tarifverhandlungen für ihr Verhalten ihre vollste Anerkennung aus und erwarten, daß dieselben auch fernerhin jeder Verschlechterung ihre Zustimmung verweigern. Weiter verpflichten sich die Versammelten, in Anbetracht der eingetretenen Situation, die Ertragsbeiträge in der ersten, zweiten und dritten Klasse auf 30 Pf. und in der vierten und fünften Klasse auf 50 Pf. pro Woche zu erhöhen und erklären hiermit, dem Rufe ihrer Organisation jederzeit sofort Folge zu leisten.

Dsnabrück. Am 10. Dezember fand eine Mitglieder-Versammlung statt, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. An Stelle des verhinderten Vorsitzenden eröffnete Kollege Welschauer die Versammlung. Eingehend auf den § 12 Absatz 3 unseres Statuts erörterte er unsere Unterstützungsmaßnahmen, wo wir Rechte hätten, da wären auch Pflichten zu erfüllen. Dann wurde Kenntnis von dem Scheitern der Tarifverhandlungen gegeben. In den verschiedenen Verschlechterungen, welche uns zugemutet waren, konnten unsere Vertreter unmöglich ihre Zustimmung geben. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde Kollege Max Steinbacher zum Hauskassierer gewählt, welcher die Wahl bereitwillig annahm und dafür Sorge tragen will, daß die Beiträge pünkt-

lich erhoben werden. Dann wurde noch ein Antrag angenommen betr. Anschluß an das Kartell. Von den Kolleginnen wurde der Wunsch laut, ein Tanzkränzchen abzuhalten, dem soll am 14. Januar 1912 beim Gastwirt Möller Rechnung getragen werden. Zum Schluß wurde noch vom Versammlungsleiter ermahnt, nicht in der Agitation zu erlahmen und mit Ruhe der kommenden Zeit entgegen zu sehen.

Rundschau.

Die Preisschraube! Die Preissteigerung habe ihre Schärfe verloren: so behaupten die Beauftragten der Lebensmittelhändler. Was von solchen Verhöhnungsspielen zu halten ist, illustrieren recht anschaulich die Preisfeststellungen der vom Königlich Statistischen Landesamt herausgegebenen Korrespondenz. Der ermittelte Durchschnitt der Preise in 50 preussischen Städten ergibt folgende Resultate:

Preise im Großhandel:		November		Steigerung Prozent
		1910	1911	
Roggen	1000 kg	146,6	178,2	21,55
Weizen	" "	192,6	199,8	3,79
Braugerste	" "	171,4	203,0	18,43
Futtergerste	" "	187,9	174,6	26,60
Hafer	" "	157,0	188,0	19,75
Erbsen	" "	285,9	351,2	23,19
Speisebohnen	1000 kg	324,8	398,2	22,59
Linsen	" "	293,9	469,3	59,71
Kartoffeln	" "	59,4	78,1	31,48

Preise im Einzelhandel:		Bfg.		Prozent
		1910	1911	
Erbsen	1 kg	37,3	43,9	17,69
Speisebohnen	1 "	40,3	48,1	19,35
Linsen	1 "	42,7	58,2	36,30
Butter	1 "	266,0	302,2	17,36
Milch, 1 Liter	" "	19,9	21,6	10,05
Kartoffeln, 1 kg	" "	7,6	9,9	30,26

Nur bei einem wohlgerüttelten Maß agrarischer Ungeniertheit kann man angesichts solcher Preisentwicklung, die Keulenschläge auf den Magen der Armen bedeutet, lächelnden Mundes behaupten, es existiere keine Teuerung mehr, sie habe ihre Schärfe verloren. Eine kaum glaubliche Mißachtung der Arbeiter muß man übrigens auch darin erblicken, daß die politische und gewerkschaftliche ultramontane Presse led und lähn behauptet, die Wirtschaftspolitik, der wir solche Preisgestaltung verdanken, sei ein verdienstvolles Werk. Das stimmt nämlich dann, wenn man hinzusetzt: für die Junker und Großgrundbesitzer!

Christliche Nachb. Zwei Mitglieder des christlichen Bergarbeiterverbandes wurden vom Schöffengericht in Bochum zu je einer Woche Gefängnis verurteilt, weil sie ihrer christlichen Nächstenliebe gar zu deutlichen Ausdruck gegeben hatten. Die beiden Christen hatten es nicht verschmerzen können, daß einer ihrer Verbandskameraden zum Deutschen Bergarbeiterverband übergetreten war. Sie wurden sich deshalb einig, den „Abtrünnigen“ gelegentlich geschrien „abzuareifen“. Eines Tages ekelten sie den zu den „Noten“ Uebergegangenen auf der Straße an. Dieser versuchte, ihnen mit einer kurzen Antwort aus dem Wege zu gehen. Darauf führten die Christen auf ihn ein, schlugen ihn zu Boden und verfolgten ihn, als er seiner Wohnung zuflüchtete, bis in das Haus, dort einen tumultuarischen Auftritt machend. Der Aufforderung des Ueberfallenen, sein Haus zu verlassen, leisteten sie keine Folge. Dieser Banditenstreich wurde vom Gericht, wie einquas erwähnt, mit einer Woche Gefängnis als gesühnt betrachtet. Ob das Urteil auch so milde angesehen wäre, wenn die Rollen umgekehrt gelegen hätten? —

Adressenveränderungen.

Braunschweig.
Vorländer: Th. Behrens, Dammt. Nr. 7. Hinterhaus rechts.
Saffierer: Fritz Pieper, Hafentw. Nr. 11, Hinterhaus. Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen werden Comabend mittags von 1-2 Uhr ausgegabt.
Arbeitslosentkontrolle befindet sich bei Kollegen Schulze, Huffiltern Nr. 8 IV. Meldezeit der Arbeitslosen ist von 10-11 Uhr vormittags.
Hildesheim.
Vorländer: W. W. Witte, Wohl Nr. 18.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 51.

Berlin, den 23. Dezember 1911.

17. Jahrgang.

Begleiterscheinungen der technischen Entwicklung

III.

Interessant ist es, zu wissen, an welchen Maschinen, mit denen unsere Kollegenchaft zu arbeiten hat, und in welchem Umfang an diesen Unfälle zu verzeichnen sind. An Stein-, Licht-, Zink- und Kupferdruckpressen entstanden im Jahre 1910 184 Unfälle, von denen 30 entschädigungspflichtig geworden sind. Die Mehrzahl entfällt auf die Schnellpressen mit 139 resp. 25. Betroffen wurden 66 männliche und 73 weibliche Personen. Diese Unfälle entstanden durch den Druckzylinder beim Herausziehen hängengebliebener Bogen, bei Ordnung der Leitschnüre usw. (13 Fälle), durch den Greifer (20), durch Zahnstangen beim Hineingreifen oder Aufsteigen über die Enden der Karrenrand-Abdeckplatten hinweg (21), durch Karren oder Feuchttisch beim Erhaschen eines Bogens (5), durch Farb- oder Feuchtwalzen beim Wischen oder sonstiger Hartierungen (10), durch Karren oder sonstige Teile beim Hinuntergreifen unter die Presse (7), durch Angehen oder Anlassen der Presse ohne zeitig vorher erfolgten Warnungsruf (5), durch Zahnräder gelegentlich des Aufgehens und dergl. während des Ganges der Maschine (14), durch bewegte Teile des Wasserwerkes (4), bei Einrichtungsarbeiten mit dem Stein oder beim Herausziehen desselben (9), aus sonstiger Veranlassung (31). Auch ein tödlich verlaufener Unglücksfall hat sich hierbei ereignet. Ein Kollege soll trotz ausdrücklichen Verbotes durch den Maschinenmeister, ohne es zu melden, unter den Auslegertisch der Schnellpresse getreten sein, um den Zylinder zu putzen. Nach dem Delen wurde die Presse langsam in Gang gesetzt und zwar nach vorherigem Warnungsruf und der Kollege, der sich noch in der Maschine befand, geriet mit der Brust zwischen Feuchttisch und Feuchtwerk.

An Hand- und Trittbekleppressen wurden 42 Unfälle gemeldet. Kurbel, Zahnräder, Handhebel, Tritthebel, Karren und Seitengestell sind die verschiedenen Unfallquellen. 39 männliche und 3 weibliche Personen wurden von ihnen betroffen. An sonstigen Pressen für Steindruck verunglückten außerdem noch drei männliche Personen.

Buchdruckpressen verursachten 229 Unfälle und zwar Schnell- und Zylinderdruckpressen 49, Ziegelbuchpressen 160 und sonstige Pressen für Buchdruck 20. Die Unfälle entstanden zwischen Druckzylinder und Schriftsatz, durch den Greifer, durch den Karren oder dessen Zugstange, zwischen Farbwalzen und Schriftsatz, durch Zahnräder usw. An den Ziegelbuchpressen entstanden durch das Nachgreifen in 102 Fällen Unfälle.

An Steinschleifmaschinen verunglückten 7 männliche Personen, an Lädier-, Gummier- und Bronzierenmaschinen 24 männliche und 28 weibliche. Greifer, Walzen, Zahnräder, Exzenter und Schwungrad sind die Unfallquellen. Durch Maschinen zum Glätten und Prägen sind 219 Unfälle verursacht worden, an Stein- und Rollenglätten 3, durch Maschinen für Wapppapier, Tapeten usw. 85, durch Grundier-, Farbe- und Streichmaschinen 14, durch Tapeten-Druckmaschinen 34.

Wenn man diese Anzahl von Unfällen sich vor Augen hält, wenn man sieht, wie ihre Anzahl und ihre Schwere in ständigem Steigen begriffen ist, da kommt man wohl dazu, zu fragen, was geschieht denn eigentlich, um hier eine Besserung herbeizuführen? Und mit resignierter Miene muß man antworten, es geschieht leider nicht viel, so gut wie nichts. Ein Blick in die Berichte der Berufsgenossenschaften zeigt uns das. Er zeigt uns aber auch, daß diese gar nicht die innerliche Kraft haben, wirksame Abhilfe zu schaffen. Er

zeigt nämlich, daß den Anordnungen der Berufsgenossenschaft zur Verhütung von Unfällen durch die berührten Unternehmer in diesen Fällen ein fonderlich großer Wert nicht beigemessen wird. Wie sehr die einzelnen Unternehmer die Vorschriften und Anordnungen der Organe der Berufsgenossenschaften nicht beachten, zeigt sich darin, daß die Genossenschaftsbeamten regelmäßig Grund zu einer Anzahl von Beanstandungen vorfinden, wie wir schon gezeigt haben. Wie weit aber die Genossenschaft selbst noch von einem ernstlichen Unfallschutz entfernt ist, das findet seinen äußerlich sichtbaren Ausdruck in dem Bestreben, auf die auszuwendende Unfallrente zu drücken, die Verletzungen gegen die erlassenen Vorschriften zur Kenntnis zu nehmen, sie allenfalls in der denkbar mildesten Form zu rügen und wohl auch darin, bei der Unfalluntersuchung die Schuldfrage zu ungunsten des Verletzten zu beantworten. So können wir z. B. mit der gewiß ernüchternden Tatsache aufwarten, daß die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft für wirkliche Unfallverhütung weniger Mittel aufwendet als wie für ihr Vermögen, die Unfallrenten möglichst kurz zu halten. Ja, in einzelnen Jahren, so 1903, 1907 und 1908 waren die reinen Rechtsgangkosten — also die Ausgaben, die infolge Verurteilungen gegen berufsgenossenschaftliche Entscheidungen usw. entstehen — höher als die Unfallverhütungskosten. Die folgende Uebersicht zeigt das am besten.

Jahr	Ausgaben für Unfallregulierung			Ausgaben für Unfallverhütung
	Unfallunter-suchung und Entschädigungsfeststellung	Rechts-gang-kosten	Zu-sammen	
	M.	M.	M.	M.
1888	1 246	1 889	3 085	—
1889	2 225	2 597	4 822	7 595
1890	2 407	1 712	4 119	8 620
1891	2 688	2 861	5 544	8 293
1892	3 592	2 308	5 900	7 739
1893	3 754	3 083	6 837	6 570
1894	4 586	3 063	7 649	8 330
1895	5 562	3 285	8 847	8 315
1896	5 818	3 313	9 131	7 258
1897	7 100	4 988	12 088	8 923
1898	6 555	3 466	10 021	8 563
1899	7 063	4 571	11 634	9 370
1900	8 431	3 937	12 368	5 760
1901	9 156	4 458	13 614	6 404
1902	8 601	6 811	15 412	7 326
1903	10 305	6 515	16 820	6 213
1904	11 797	6 756	18 553	7 221
1905	13 432	6 282	19 714	6 585
1906	14 355	7 046	21 401	7 111
1907	18 068	9 432	27 500	7 228
1908	17 956	10 919	28 875	8 593
1909	19 766	10 933	30 699	11 786
1910	19 979	11 798	31 777	13 609

Es ist gewiß kein Zeichen von besonderer Fürsorge für die Opfer unserer technischen Entwicklung, vielmehr deren häßlichste Begleiterscheinung, der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft mit Hilfe raffinierter ausgeflügelter Maschinen, wenn zum Rentenquetschen mehr aufgewandt wird, als wie zur Verhütung von Unfällen. Zu den ersten Jahren des Bestehens der Genossenschaft standen, wie die obige Tabelle ausweist, die Ausgaben für Unfallverhütung und die für Rentenquetscherei noch in einem einigermaßen menschlichen Verhältnis. Trotzdem aber ist es jetzt geworden, trotzlos offenbart sich das innere Wesen einer Genossenschaft, wenn die wirklichen Ausgaben für Unfallverhütung bedeutend hinter den Ausgaben für Unfallregulierung zurückbleiben. Selbstverständlich kann das nicht so bis in alle Ewigkeit weitergehen. Wir als die Opfer der Entwicklung müssen nachdrücklich einen ausreichenden Schutz fordern und eine ausreichende Unterstützung derer, die ihre gesunden Glieder auf dem Schlachtfeld der Arbeit gelassen haben. Der

Stimmzettel, den wir in wenigen Wochen zur Hand nehmen, muß eine Waffe auch in diesem Sinne sein.

Lebensmittelpreise in Deutschland und England.

Eine ins Ungemessene gesteigerte Verteuerung aller Lebensbedürfnisse hat der gewerkschaftlichen und politischen Organisation in den letzten Jahren große Scharen neuer Mitglieder zugeführt, und richtet sich der Unmut in dem begonnenen Wahlkampf in erster Linie gegen die heutigeren Agrarier, welche neben der Regierung in erster Linie für die Lebensmittelpreise und die Sperrung der Grenzen gegen ausländisches Fleisch verantwortlich zu machen sind. Sie benutzen die Zölle und die Grenzsperrung, um die durch Dürre und Mißwachs hervorgerufene Steigerung der Lebensmittelpreise noch wirksamer zu machen und auf Kosten der ärmyten Konsumenten ihr Schäfchen aufs Trockne zu bringen. Alle Proteste der Arbeiterchaft haben bisher nicht vermocht, die Regierung, auch nur zeitweise, zur Aufhebung oder Herabsetzung der Zölle oder zur Öffnung der Grenzen für ausländisches Fleisch zu veranlassen. Trotz aller Gegenbeweise hat man die Stirn zu behaupten, daß durch die Öffnung der Grenzen eine Verbilligung des Fleisches nicht eintreten würde und weiter, daß die Lebensmittelpreise nicht vom Konsumenten getragen würden. Eine andere Variation der Ausreden ist die, daß die Steigerung der Preise in der Hauptsache durch die hohen Profite der Händler und Fleischer verursacht seien. Es wird auch versucht, dem deutschen Volke plausibel zu machen, daß es gar nicht in seinem Interesse gelegen sei, wenn die Grenzen geöffnet würden, weil dann der deutsche Viehbestand durch die im Ausland herrschenden Seuchen gefährdet sei und dadurch eine weitere Verteuerung des Fleisches sehr wahrscheinlich sei.

Was die erste Behauptung anbelangt, so sei darauf verwiesen, daß der Großhandelspreis des Roggens in London — England kennt keine Getreidezölle — seit dem Vorjahre um 14,53 M. pro Tonne zurückgegangen ist, während derselbe im gleichen Zeitraum in Berlin um 4,40 M. stieg. Und während, nach den Mitteilungen des Berliner Statistischen Amtes, für das Kilogramm Roggenbrot im Oktober in Berlin über 29 Pf. gezahlt werden mußten, kaufen wir die gleiche Quantität in London für 15 Pf. Ja, wir bezahlten heute für die erste Qualität Weizenbrot nur 19 Pf. und für die zweite, die gegenwärtig in Berlin mit 40 Pf. verkauft wird, bezahlten wir 17 Pf. Dabei darf ruhig ausgesprochen werden, daß der englische Bäcker, Fleischer und Händler vom Konsumenten ebenfalls herausholt, was irgend zu bekommen ist.

Beim Fleisch ist der Preisunterschied fast ebenso groß als beim Brot. Hier kommt in Betracht, daß England ungeheure Mengen Fleisch im gefrorenen, gefüllten oder lebenden Zustande einführt. Der Engländer ist gewöhnt, täglich eine ansehnliche Portion zu konsumieren.

Nach der englischen Zeitschrift „Economist“ kommen auf den Kopf der englischen Bevölkerung, nach deutschem Gewicht, durchschnittlich 55 Pfund Rindfleisch, 27 Pfund Schweinefleisch und 30 Pfund Schaffleisch; dazu werden auf den Kopf der Londoner Einwohner 140 Pfund Fische gerechnet. Im Jahre 1910 wurden vornehmlich aus Australien und Argentinien eingeführt 611 000 Tonne Fleisch, während der Gesamtverbrauch in den vereinigten Königreichen an Rind- und Schaffleisch 1 813 000 Tonne betrug, davon 61 Prozent einheimisches. Der Großhandelspreis — immer in deutschen Pfund berechnet — stellte sich in London für Schaffleisch auf 9½ bis 42 und für Rindfleisch auf 18 bis 41 Pf. Dagegen betrug der Großhandels-Schlachtpreis in Berlin für

zweite Qualität Rind- und Schaffleisch für das erste 77 und für das letztere 75 Pf. pro Pfund und das Landesamt für Württemberg hat ermittelt, daß der Ladenpreis im September für Rindfleisch 90 und für Schaffleisch 78 Pf. pro Pfund betragen hat.

Wir haben uns nun die Mühe genommen und haben in Berlin und London die Ladenverkaufspreise festgesetzt; haben aber nicht allein den Durchschnittspreis, wie das Landesamt für Württemberg, ermittelt, sondern auch den Preis für die einzelnen Teile des zerlegten Tieres, weil dadurch ein Vergleich zuverlässiger ist. Unter Mitwirkung Sachverständiger wurden die Fleischsorten in erste und zweite Qualität eingeteilt, wobei in London die überraschende Wahrnehmung gemacht wurde, daß in vielen Fällen das einheimische Fleisch billiger zu haben ist als das ausländische. Fleischermeister, mit denen ich über diese Erscheinung wiederholt sprach — einer davon ist auch mit den deutschen Verhältnissen durchaus vertraut — versicherten, daß sie für den eigenen Haushalt ein Stück Fleisch von einem Tier, welches auf den fastreichen, natürlichen Weiden Argentiniens oder Australiens aufgewachsen sei, unter allen Umständen dem auf deutschen oder englischen, teilweise mit Kunstdünger reguliertem Boden, aufgewachsenen Vieh vorziehen. Auch eine große Anzahl Laien seien längst zu dieser Ueberzeugung gekommen und kauften darum mit Vorliebe ausländisches Fleisch. Was die Seuchengefahr anbetrifft, so ist es eine unbestrittene Tatsache, daß die englische Viehzucht, trotz der Nieseneinfuhr ausländischen Fleisches, sich im blühenden und gesunden Zustande befindet. Das geht u. a. schon daraus hervor, daß sie in der Lage ist, zirka zwei Drittel des Gesamtverbrauchs des Landes zu decken, während z. B. Sachsen nur rund ein Viertel des eigenen Verbrauchs aufzubringen vermag. Die Zahl der Rinder in Großbritannien belief sich im Jahre 1910 auf 11 765 453, das sind 3623 mehr als im vorhergehenden Jahre; Schafe wurden gezählt 313 164 600 Stück. Jedenfalls ein glänzendes Verhältnis und ein Beweis dafür, daß das Gerücht von der Gefahr der Verseuchung des deutschen Viehbestandes durch die Einfuhr fremden Fleisches weiter nichts als eine Ausrede ist, um dem deutschen Konsumenten besser das Fell über die Ohren ziehen zu können. Die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstage haben dieses oft genug festgestellt und wird es nur durch die englischen Erfahrungen aufs Neue bewiesen.

Die nachstehenden Zahlen beweisen nunmehr denn alles andere, in welcher unverantwortlicher Weise die deutsche Regierung handelt, wenn sie es durch die Aufrechterhaltung der Grenzperre verhindert, daß die Arbeiterschaft mit ausreichender Fleischmahlung versorgt wird.

Es kostet das deutsche Pfund

	Dammelfleisch:		Erste Qualität	
	Zweite Qualität in Berlin	in London	in Berlin	in London
Keule	90	42	100	46
Kotelett	110	55	120	60
Blatt	90	42	100	45
Brust	80	25	90	40
Ramm	90	30	100	46
Leber	—	—	100	56

	Rindfleisch:		Erste Qualität	
	Zweite Qualität in Berlin	in London	in Berlin	in London
Rumpsteak	100	55	110	70
Sende (Beefsteak)	140	65	160	75
Schmorfleisch	90	45	100	50
Schrippe	80	35	90	45
Querrippe	70	25	80	40
Brust	70	25	80	43
Gepö. Zunge	—	—	120	60
Leber	—	—	90	50
Schenscheif	—	—	50	8
Rindstalg	50	20	60	25

	Frisches Schweinefleisch:		Erste Qualität	
	Zweite Qualität in Berlin	in London	in Berlin	in London
Keule	90	57	100	61
Kotelett	90	57	100	70
Blatt	80	27	90	50
Bauch	70	45	80	58
Ramm	80	50	90	58
Rösteifisch (Keule u. Bauch)	90	34	100	50

Geräuchertes Schweinefleisch:

Rapler	100	55	110	60
Schinken, roh	140	55	160	85
Bauch	80	45	90	55
Blatt	?	80	?	60

Kalb fleisch:

Keule	100	46	110	68
Kotelett	100	55	110	68
Ramm	80	46	90	65
Brust	90	46	100	60
Leber	—	—	160	70

Der Durchschnittspreis beträgt für das Pfund:

	Zweite Qualität		Erste Qualität	
	in Berlin	in London	in Berlin	in London
Kalb fleisch	92	48	114	66
Dammelfleisch	93	43	101	50
Schweinefleisch:				
frisches	83	45	93	58
geräuchertes	107	50	120	67
Rindfleisch	92	42	104	54

Während hiernach der englische Arbeiter, dank der freien Einfuhr des Fleisches, durch welche der Preis desselben auf einer nicht unerheblichen Höhe gehalten wird, in der Lage ist, sich mit ausreichender Fleischmahlung zu versorgen, muß der deutsche bei den horrenden Preisen darben.

Aufgabe jedes denkenden Arbeiters ist es darum, dafür zu sorgen, daß bei den bevorstehenden Reichstagswahlen mit der volkstümlichen Mehrheit aufgeräumt wird. Hinweg mit den Lebensmittelzöllen und die Grenzen auf für ausländisches Fleisch, muß die erste Forderung sein.

Volkswirtschaft.

Rentabilität ländlicher Grundstücke.

Es gibt wohl kein Gebiet, welches den Volkswirt nicht interessiert, oder ihn nicht zu Vergleichlichen herausfordert. Zu diesen Gebieten, an denen die große Menge achtlos vorübergeht, gehört das vorliegende Thema. Es ist interessant, Vergleiche anzustellen zwischen dem Bodenwerte und seinen Erträgen von einst und jetzt; zu untersuchen, welche Einflüsse mitbestimmend sind für die Hebung oder das Fallen der Preise, namentlich der bäuerlichen Grundbesitze. Denn diese Art ist immer noch vorherrschend, wenn auch nicht an Umfang, sondern nur nach Anzahl. Und in der Anzahl hinwiederum in den alten Provinzen (Ost- und Westpreußen).

Ueber die Preise bäuerlicher Grundstücke lassen sich vom Jahre 1895 ab zwei Perioden unterscheiden. 1895 setzte eine Entwertung des Grund und Bodens ein. Diese Periode fällt mit dem großen Aufschwung der Industrie zusammen, und die letztere dürfte diese Entwertung vor allem mitverschuldet haben. Die Industrie brauchte, um überhaupt die Entwicklung nach oben zu betätigen, eine große Menge Arbeiter. Diese konnte nur das platte Land liefern. Hier waren die Löhne gering; der Nutzen, welcher aus dem Grund und Boden gezogen wurde, war für diejenigen kleinen Besitzer, welche ohne fremde Hilfe ihre Scholle beackerten, vielleicht noch geringer; dazu die sprichwörtlich schlechte Behandlung der Arbeiter.

Der höhere Lohn und die menschenwürdigeren Behandlung der Arbeiter in den Fabriken reizten überall, und so entstand eine Landflucht derjenigen, welche nur in ihrer Arbeitskraft ihr Vermögen besaßen. Davon wurden die größeren Güter betroffen. Das Abwandern der Arbeiter zeitigte eine begriffliche Verbitterung, welche noch durch die Aussicht, höhere Löhne an die Zurückbleibenden zahlen zu müssen, verschärft wurde. Diese Stimmung hat dann veranlaßt, das Grundstück zum Verkauf zu stellen.

Bei den Bauern, welche ohne fremde Hilfe arbeiteten, war die Erwägung, bei weniger anstrengender Arbeit mehr zu verdienen, ausschlaggebend. In der Fabrik war der Lohn während des ganzen Jahres ein gleichbleibender. Das reizte natürlich, und wenn der Gedanke, nach der Stadt zu ziehen, erst Gestalt angenommen hatte,

dann wurden auch diese Grundstücke zum Verkauf gestellt.

So entstand dann ein Angebot, welches auf den Wert der einzelnen Grundstücke drückte. Nur schwer fanden sich Käufer. Da aber jeder sein Objekt los sein wollte, wurden nur geringe Preise geboten, und es ist nachgewiesen, daß zu jener Zeit Grundstücke bis zu 25 Prozent ihres Wertes einbüßten.

Im Jahre 1905 setzte die zweite Periode ein, welche die Preise für den ländlichen Besitz bis zu 40 Prozent steigen ließ. Untersuchungen man die Gründe, welche das veranlaßten, so stößt man vor allem darauf, daß sich unter den Käufern 90 Prozent ehemaliger Industrieller (Fabrikbesitzer und dergleichen) befinden. Auch jetzt ist ein Zusammenhang mit der Industrie wahrnehmbar. In der verfloffenen Periode des Aufschwungs waren viele der Fabrikbesitzer zu Reichtum gekommen, welche ihnen zum großen Teil von denjenigen erarbeitet worden war, deren Nachfolger auf dem Lande sie wurden. Nicht, daß die Käufer sich zu dauerndem Wohnsitz auf dem Lande niederließen, vielmehr nur zur Repräsentation wurden die Landkäufe vorgenommen; war es doch so klangvoll, wenn von jemandem gesagt werden konnte, er sei „Rittergutsbesitzer“. Unter dem Gutsbesitzer wurde es nicht gemacht, und wäre es auch nur eine Kutsche mit zehn Morgen Sandboden, die der Herr Fibor Meher sein eigen nennt; trotzdem hatte er Visittarten, welche jedem anzeigten, daß er Besitzer von „Hohen-Sandhausen“ ist. Aber die Ankäufe der Reichgewordenen auf dem platten Lande hatten für die Erbangehörigen ein gutes, welches auch ihre Grundstücke im Werte hob: Die neuen Ansiedler fanden die ländlichen Wege sehr schlecht, und es wahrte nicht lange, als man auch deren Verbesserung in Angriff nahm, nur um den Herren Gutsbesitzern zu zeigen, wie angesehen sie bei den maßgebenden Personen seien. So trat auch hier, wie meistens im wirtschaftlichen Leben, eine Wechselwirkung ein, womit die Bauern zufrieden sein konnten, und was, wie schon gesagt, auch auf den Preis ihres Grund und Bodens günstig einwirkte.

Die verbesserten Wege, die neuangelegten Gassen ließen auch die Ausnützung des Bodens steigen. Denn das schnellere Fortwärtkommen auf gutem Wege ließ viel sparen; es konnten die einzelnen Fußten durch Webräden mehr ausgenützt werden, und vor allem fand ein regerer Verkehr zwischen den einzelnen Ansiedlungen statt. Das alles war mitbestimmend auf den Bodenpreis. —e.

Eingegangene Druckschriften.

„Aus Tag und Tiefe“ nennt Ludwig Lessen einen neuen Gedichtband, der soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in Berlin SW. 68 (Preis 1,50 Mk.), erschienen ist. Wieber sind es Bilder aus dem Arbeiterleben, begeisterte Kampfrufe, visionäre Zeichnungen voll von einem frohen Zukunftsglauben, die uns der Dichter gibt. Auch die feingedonten Naturstimmungen fehlen nicht, die in knappen Strichen Landschaftsbilder von intimer Reiz hervorzaubern. Das Volkballadenartige überwiegt jedoch in dem vorliegenden Gedichtbändchen. Lebensschicksale aus der „Tiefe“ werden gezeichnet, wie sie der Alltag zu Dusenben bringt. Worte von düsterer Farbigkeit unsprächen diese Gemälde, die von harten Proletarierschicksalen erzählen. In der gegenwärtig politisch hochgehenden Zeit des Wahlkampfes dürften gerade diese Gedichte am meisten fesseln und agitatorisch wirken. Die Ausstattung des Buches ist vornehm. Schon der Umschlag fesselt, der eine Reproduktion nach einer packenden Zeichnung von Käthe Kollwitz bringt, wie sie treffender, wichtiger und besser den Buchtitel illustrierend gar nicht gedacht werden kann. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporture.

Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin. Eine Uebersetzung auf die gleichnamige Schrift des Dr. Fritz Stephan Neumann, Friedenau-Berlin. Mit diesem Thema beschäftigt sich eine Flugtschrift, die soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. in Berlin SW. 68, erschienen ist. Der Preis ist 10 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporture.